

sondern – im Quellenkontext – auch diejenigen Niederschriften, die lediglich Hinweise und knappe Feststellungen enthalten, von Gewinn sein. Zu solchen Themen gehören insbesondere: die Arbeit der beiden letzten Kabinette Marx; die wechselvolle Koalitionspolitik des Zentrums; die spannungsreichen Kontakte zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei; Ausbruch und Verlauf sozialer Interessenkämpfe innerhalb von Partei und Fraktion, von dort weiterwirkend auf Regierung bzw. Koalition; wichtige legislative Projekte wie Reichsschulgesetz, Zollgesetz, sozial- und finanzpolitische Maßnahmen unter dem Druck der staatlich-ökonomischen Krise; jetzt wiederum auch – von einer breiteren und festeren Materialbasis her – die Entstehung²⁾, die Führungstechnik und die staatspolitischen Zielsetzungen der Regierung Brüning.

Die Annotation der Protokolle durch Rudolf Morsey ist eine optimale, bewunderungswürdige Leistung. Mit der auf subtile Recherchen vor allem in einschlägigen Archivalien, der zeitgenössischen Presse, der Literatur – unter Verwertung auch mündlicher Auskünfte – gestützten Erläuterung der Personen und angesprochenen politischen Vorgänge, Hinweisen auf die Umsetzung der Fraktionsarbeit in Ausschüssen und Plenum des Reichstages, auf gleichzeitige, voraufgegangene und nachfolgende Verhandlungen oder Entscheidungen innerhalb der Regierung und im Parteienfeld, auf Wirkungen in der außerparlamentarischen Öffentlichkeit sind dem Forscher umfassende, mannigfach nutzbare Orientierungshilfen geboten.

An einen größeren Leserkreis wendet sich der von Wilhelm Vernekohl unter Mitwirkung Rudolf Morses herausgegebene Band mit Reden und Aufsätzen *Heinrich Brünings*. Diese Auswahl bringt repräsentatives Material für die Beschäftigung mit der Frage nach Bewährung und Rechtfertigung Brünings in seiner Zeit. Fast alle der abgedruckten Dokumente sind freilich schon an anderer Stelle veröffentlicht worden. Ausnahmen bilden die Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages am 24. Mai 1932, die hier erstmals im vollen Wortlaut präsentiert wird, und einige Informationen aus dem Anhangteil »Biographische Zeugnisse«. Den Reden und Schriften – im einzelnen: Ansprachen vor Organen der Zentrumspartei, im Reichstag und, wie erwähnt, vor dem Auswärtigen Ausschuss, dann, nach 1945, in Chicago (»Der Staatsmann«), bei der Grundsteinlegung zum Wiederaufbau des Alten Münsteraner Rathauses, am Sarge des ehemaligen Reichsministers Dietrich und vor dem Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Klub sowie dem Brief an Rudolf Pechel vom Jahre 1947 – wurden jeweils kurze, den Zusammenhang klärende Einleitungen vorangestellt; die Dokumente selbst sind zumeist knapp und übersichtlich annotiert. Von den Beiträgen prägen sich vor allem diejenigen zur nachträglichen Selbstrechtfertigung und politischen Begründung ein. Als besonders gehaltvoll erweist sich in dieser Hinsicht nach wie vor Brünings Vortrag über den »Staatsmann«, der autobiographische Reflexionen, Gedanken zur Politikergeneration nach dem Ersten Weltkrieg mit Elementen einer Typologie des politischen Führertums verbindet. Schließlich sei noch die Rede vom 2. Juni 1954 im Rhein-Ruhr-Klub zum Thema »Die Vereinigten Staaten und Europa« hervorgehoben, mit der Brüning in die aktuelle Diskussion um die Wiedervereinigungs- und Westintegrationsproblematik eingriff. Was damals die Gemüter im Regierungslager erregte, erscheint heute, nach siebzehn Jahren, nur mehr als

²⁾ Vgl. dazu vorher schon *Rudolf Morsey*, Neue Quellen zur Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Brünings, in: *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*, Festschrift für Heinrich Brüning, Hrsg. v. Ferdinand A. Hermens und Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 207 ff.

nüchterne Faktenerkenntnis, als Ausdruck realistischen machtpolitischen Kalküls, daß nämlich »eine *Wiedervereinigung Deutschlands* nicht erreicht werden kann, wenn verlangt wird, daß dieses wiedervereinigte Deutschland voll und ganz in den EVG-Vertrag und in die Europäische Union einbezogen werden soll. Es ist ja keinem Vertragspartner zuzumuten, daß er politischen Selbstmord begeht [...].« (S. 297 f.; Hervorhebung ebenda.) –

Die Zentrums politik in der Zeit vom Sturz Brüning's bis zur Selbstauflösung der Partei, mit vorrangiger Betonung des Verhältnisses zum Nationalsozialismus, ist das Thema der Untersuchung *Detlef Junkers*. Die Studie, eine überarbeitete Fassung der 1967 von der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel angenommenen Dissertation des Autors, basiert auf einer Vielzahl namens der Zentrums partei veröffentlichter programmatischer und aktual politischer Materialien, den beiden wichtigsten Presseorganen – »Germania« und »Kölnische Volkszeitung« –, auf Annalen, Wahlhandbüchern, allgemeinen Quellensammlungen; außerdem konnte Junker Abschriften der Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Zentrums partei für die Jahre 1932/33 und die staatlichen Akten zum Studium der Konkordatsverhandlungen einsehen. Hauptthema ist die in früheren Arbeiten oft berührte³⁾, hier jedoch erstmalig in extenso dargelegte Problematik des Zentrums als »Verfassungspartei«. Sie wird bei Junker an Hand der Prüfung folgender These und des Versuchs einer Antwort auf folgende Fragen deutlich: »1932 hat es noch eine reale, d. h. machtpolitisch mögliche Alternative zur Machtergreifung Hitlers gegeben. Die Politik des Zentrums soll am Maßstab dieser letzten Alternative bewertet werden. [...] Was hat die Partei im Rahmen ihres verbliebenen Einflusses getan, um die Alternative realisieren zu helfen? Hat sie überhaupt etwas in dieser Absicht unternommen? Wenn nicht, welche Gründe haben sie dazu bewogen?« (S. 13) In Anlehnung an Diskussionsbeiträge Theodor Eschenburgs und Michael Freunds sieht Junker jene Alternative im Verfassungsbruch, d. h. in der Militärdiktatur, die hätte gewagt werden sollen, selbst auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hin, welcher jedoch höchst unwahrscheinlich gewesen sei, »weil nur die präsidiale Seite dank der Reichswehr wirklich bewaffnet war« (S. 71). Für das Zentrum wird daraus die Handlungsmaxime gefolgert, daß es trotz Brüning's Sturz das Präsidialsystem bis hin zum Verfassungsbruch hätte unterstützen müssen. Bereits eine wohlwollende Tolerierung entsprechender Pläne durch die Parteien der Mitte und der Rechten bis zu den Deutschnationalen hätte geholfen, die Skrupel Hindenburgs wie auch die Befürchtungen der Reichswehr, im Ernstfall vom Volk isoliert zu handeln, zu vermindern. Jedenfalls hätte eine situationsadäquate Politik des Zentrums die Chancen, den Verfassungsbruch zu riskieren, erhöht, ebenso wie diejenigen, ihn gegenüber Hitler durchzustehen. – So bedenkenswert die These vom Verfassungsbruch als machtpolitisch möglicher Alternative zur Diktatur der Nationalsozialisten ist, so offen bleibt, trotz Junkers nachdrücklicher Argumentation, die Frage, ob er unter den *gegebenen* Umständen, in diesem politischen Spektrum und dieser explosiven innerpolitischen Situation, angesichts der drängenden wirtschaftlichen Nöte und sozialen Spannungen als vertrauens erweckender Ausweg, als substanzkräftige Lösung aufgefaßt und mit breiter Unterstützung angesteuert werden konnte.

³⁾ Vgl. z. B. das Resümee bei *Rudolf Morsey*, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917 – 1923*, Düsseldorf 1966, S. 613 f.; *Josef Becker*, *Die Deutsche Zentrumspartei 1918 – 1933*, Grundprobleme ihrer Entwicklung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B. 11/68, 13. 3. 68, S. 9 ff.